



Umstrittenes Symbol. Die CVP Schweiz glaubt, dass Mädchen das Kopftuch nicht freiwillig tragen – und vor Druck der Familie zu schützen seien. Foto Keystone

CVP in Stadt und Land ist gegen ein Kopftuchverbot

Kantonalparteien lehnen Mustervorstoss der Mutterpartei ab

Von Daniel Ballmer

Liestal. «Ein Kopftuchverbot ist für mich nicht der richtige Weg zur Integration. Da appelliere ich an die Verhältnismässigkeit und an den gesunden Menschenverstand», sagt Sabrina Corvini-Mohn. Die Baselbieter CVP-Präsidentin unterrichtet selber als Sekundarlehrerin in Oberwil. Probleme wegen islamischer Kopftücher habe sie aber noch nie gehabt, daher erkenne sie auch keinen Handlungsbedarf.

Das sieht die CVP Schweiz anders. Sie hat deshalb einen Mustervorstoss für ein Gesetz zu Kleidervorschriften an Schulen erarbeitet. Das Papier stammt aus der Feder der Baselbieter CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter und soll möglichst in allen Kantonen eingereicht werden. Ausgerechnet die eigene Kantonalpartei hat sich nun aber dagegen entschieden, den Vorstoss im Landrat einzureichen. «Ich bin immer wieder auf das Thema angesprochen worden, auch im Lehrerzimmer», sagt Corvini-Mohn. «Das Thema bewegt.»

«Für viele ein heisses Eisen»

Corvini-Mohn hält ein Kopftuchverbot eher für kontraproduktiv. «Ich befürchte, dass ganz restriktive Eltern ihre Kinder von der Schule nehmen könnten», sagt die CVP-Landrätin. «Da ist es mir auf jeden Fall lieber, wenn die Mädchen mit ihrem Kopftuch auf eine Volksschule statt auf eine Privatschule gehen. Das dient der Integration letztlich mehr.» Dieses Argument kann Nationalrätin Schneider-Schneiter zwar nachvollziehen, dennoch würde sie eine Gesetzesgrundlage begrüssen: «Das ist aber ein heisses Eisen, das viele in der Partei meiden», sagt sie. «Manche befürchten, dass die CVP in die SVP-Ecke gedrängt werden könnte.»

Auslöser für den Mustervorstoss der CVP Schweiz war ein Bundesgerichtsurteil vom Juli. Die Richter fällten keinen klaren Entscheid für oder wider das Tragen von Kopftüchern an Schulen, weil eine gesetzliche Grundlage fehle. Das habe in der Mutterpartei viel Kopfschütteln ausgelöst. Präsident Christophe Darbellay äussert sich seit Jahren kritisch über islamische Kopftücher. «Wenn es eine gesetzliche Grundlage braucht, dann schaffen wir diese eben», sagt Schneider-Schneiter. «Es ist eine Frage des Respekts gegenüber unserer Kultur.» Besonders die Schule habe eine wichtige Funktion für die Integration.

Es gehe weder um ein flächendeckendes Kopftuchverbot noch um eine Einschränkung der Religionsfreiheit: «Mir geht es um den Schutz der Mädchen vor dem Druck der Familie, um

die Integration der jungen Frauen, um Chancengleichheit und damit um die Möglichkeit für die Schulen, generell Kleidervorschriften zu erlassen», betont Schneider-Schneiter. Sie ist überzeugt, dass kein 12-jähriges Mädchen freiwillig das Kopftuch trägt. Jede Schule solle aber frei entscheiden können. Und der Mustervorstoss sei nicht in Stein gemeisselt, sondern könne noch beliebig modifiziert werden. In einzelnen Kantonen ist der Vorstoss denn auch bereits eingereicht worden, zum Beispiel im Aargau.

Bildungsdirektion ist dagegen

Im Baselbiet war ein mögliches Kopftuchverbot von Anfang an umstritten. Nach Bekanntwerden des Mustervorstosses hatte sich Ayse Dedeoglu gegenüber der BaZ sehr kritisch geäussert. Zwar kann sich die türkischstämmige SP-Landrätin auch nicht vorstellen, dass ein junges Mädchen freiwillig das Kopftuch anzieht. Ein Verbot allerdings

«Manche befürchten, dass die CVP in die SVP-Ecke gedrängt werden könnte.»

Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter

könne in fundamentalistischen Familien eher Trotzreaktionen auslösen. «Im Endeffekt könnten sie ihre Tochter aus der Schule nehmen», glaubt auch sie. Dedeoglu rät, mit Familien, die Druck auf ihre Mädchen ausüben, das Gespräch zu suchen. «Immerhin werden diese Kinder durch das Tragen eines Kopftuchs diskriminiert.»

Auch Bildungsdirektor Urs Wüthrich (SP) kann sich nicht für ein Gesetz über Kleidervorschriften an Schulen erwärmen. Er verweist auf das Handbuch für Schulräte und Schulleitungen. Dort ist explizit festgehalten, dass das Tragen religiöser Symbole und Kleidungsstücke in den öffentlichen Schulen erlaubt ist. Diese Praxis habe sich bis anhin bewährt. Daher sehe er auch keinen Handlungsbedarf.

SVP wünscht generelles Verbot

Ganz anders sieht das SVP-Landrat Paul Wenger. Der Präsident der Bildungskommission wäre «für ein generelles Verbot von jeglichen Kopfbedeckungen, sei es ein Kopftuch, eine Baseball-Mütze oder etwas anderes». Er glaube auch nicht, dass alle Mädchen das Kopftuch freiwillig tragen. Daher wäre ein Verbot des Tragens einer Kopfbedeckung ein gutes Instrument, um Gegensteuer zu geben. Das Gebot der

Selbstbestimmung sei mit den heutigen Rechtsgrundlagen für diese jungen Mädchen jedenfalls nicht garantiert.

Für Jürg Wiedemann ginge ein solches Verbot eindeutig zu weit. Der Grünen-Landrat und Mathematiklehrer habe noch nie Probleme mit islamischen Kopftüchern gehabt. Deswegen ein Gesetz zu erlassen, sei absolut unnötig. Verbote zu sprechen solle in der Kompetenz der Lehrpersonen bleiben und dem gesunden Menschenverstand überlassen sein. So gehöre es zu den grundlegenden Anstandsregeln, keine T-Shirts mit gewalttätigen Aufschriften oder Dächlikappen während des Unterrichts zu tragen.

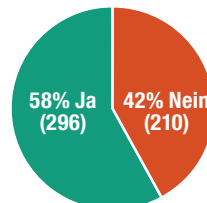
«In Basel schlicht kein Problem»

Wie die Baselbieter Kantonalpartei hat sich auch die CVP Basel-Stadt dagegen entschieden, den Mustervorstoss der CVP Schweiz zu übernehmen und im Grossen Rat einzureichen. «In Basel ist das kein Problem. Kopftücher an den Schulen werden hier akzeptiert», erklärt CVP/EVP-Fraktionschef Remo Gallacchi. Niemand werde deswegen brüskiert. In Parteileitung und Fraktion sei man sich darüber einig. Es sei gar nicht erst zu einer langen Diskussion gekommen. «Hier wird ein Thema angeheizt, das in Basel schlicht kein Problem ist.»

Das sieht die Baselbieter CVP-Präsidentin genauso. «Es gibt schliesslich an den meisten Schulen auch nur ganz wenige Mädchen, die ein Kopftuch tragen», sagt Corvini-Mohn. Sollte dennoch ein Verbot eingeführt werden, bliebe das wohl nicht ohne Folgen. «Es gäbe dann ja auch andere religiöse Symbole, die man eigentlich ebenfalls verbieten müsste», sagt die Christdemokratin. «Und da wäre ich klar dagegen.»

Frage des Tages

Das Ergebnis der Frage von gestern: Wollen Sie die Angebote von Exit nutzen?



Soll das Kopftuch in der Schule verboten werden?

Die Baselbieter CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter fordert in einem Vorstoss ein Verbot von Kopftüchern in Schulen. Sind Sie damit einverstanden? www.baz.ch

ANZEIGE

Zähes Ringen um Stücki-Zufahrt

Center will eine Spur über die Baustelle – Bundesamt gibt für einen Anlass nach

Von Martin Regenass

Basel. S-förmig und 800 Meter lang soll der Autobahnzubringer Rheinhafen werden. Von der Badenstrasse wird der motorisierte Individualverkehr auf dem Viadukt direkt auf die Autobahn in Richtung Schweiz fahren können. Der hintere Teil der Badenstrasse, heisst es beim Bundesamt für Strassen (Astra), ist während der Bauzeit für den Verkehr komplett gesperrt. Kunden des Stücki Shoppings, die das Einkaufszentrum via Autobahnausfahrt Basel-Rheinhafen ansteuern wollen, müssen den Umweg über die Freiburger- und Hochbergerstrasse nehmen.

Permanent nicht möglich

Bei Stücki-Center-Manager Jan Tanner kommt dieses Verkehrsregime nicht gut an: «Das kann bei Grossandrang zu Staus führen. Um das zu vermeiden, müsste auf der Baustelle

eine Spur immer offen sein», sagt Tanner. Um seinem Anliegen Nachdruck zu verleihen, hat Tanner vor Kurzem mit Leuten vom Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons, der Kantonspolizei und dem Astra gesprochen und die Baustelle begangen.

Ganz durchgekommen ist er mit seinem Anliegen nicht. «Wir können eine permanente Zufahrt der Besucher via Baustelle aus sicherheitstechnischen Überlegungen und aufgrund der Platzverhältnisse nicht ermöglichen», sagt Hanspeter Hofmann, Projektleiter beim Astra.

Immerhin konnte Tanner einen Teilerfolg erzielen. Laut Astra wollen das Amt und die Polizei fallweise prüfen, ob ausnahmsweise eine Zufahrt über die Baustelle möglich ist. Damit soll einer eventuellen Stausituation entgegen gewirkt werden. Eine Blechlawine beim Stücki und in der Hochbergerstrasse bildet sich vor allem während der Sonn-

tagsverkäufe im Dezember. Stau könnte auch das übernächste Wochenende bringen. Dann wird im Stücki die neue Einkaufsmall eröffnet. «Wir konnten für diesen Anlass eine temporäre Zufahrt durch die Baustelle freigeben», sagt Hofmann.

Bus müsste umgeleitet werden

Falls sich die Autos trotzdem stauen sollten, wird auch der öffentliche Verkehr ins Stocken geraten. Die 36er-Busse der BVB sind dann gezwungen, die Normalroute Hochbergerstrasse zu umfahren. «Die Busse werden ab dem Wiesenkreisel durch die Mauerstrasse und die Gärtnerstrasse nach Kleinhüningen geleitet», heisst es bei den BVB.

Der neue Autobahnanschluss Rheinhafen soll die Hochbergerstrasse und die angrenzenden Wohnquartiere entlasten. Der Bau des rund 56 Millionen Franken teuren Viadukts soll im August 2015 fertig sein.

ANZEIGE

THEATERSAISON 2013/2014

JETZT IM ABO

MARTHALER

Basel

www.theaterbasel.ch

letzte Tage!

Zilvinas Kempinas

Slow Motion

05.06. - 22.09.13

museum Tinguely
ein kulturengagement von roche